



Mitteilungsblatt

04. Januar 2001

Nr. 55

Inhalt:

Wahlordnung der Fachhochschule Lausitz für die Wahlen der Vertreter der Mitgliedergruppen im Senat und in den Fachbereichsräten gem. § 60 Abs. 2 Brandenburgisches Hochschulgesetz (BbgHG) i. V. m. § 9 der Grundordnung (GrundO)

(in der Fassung vom 27. 03. 2000, geändert am 18. 12. 2000)

Herausgeber:

Die Präsidentin der Fachhochschule Lausitz
Großenhainer Str. 57, 01968 Senftenberg
Tel. 0 35 73/85 0 Fax 0 35 73/85-20 9
Internet <http://www.fh-lausitz.de>

E-Mail: rektor-office@fh-lausitz.de

Inhaltsübersicht

Abschnitt 1

WAHLEN ZUM SENAT UND ZU DEN FACHBEREICHSRÄTEN

- § 1 Geltungsbereich
- § 2 Wahlgrundsätze
- § 3 Wahlvorstand
- § 4 Wahlausschreibung
- § 5 Wahlvorschläge
- § 6 Prüfung der Wahlvorschläge
- § 7 Aktives und passives Wahlrecht
- § 8 Wählerverzeichnis
- § 9 Erteilung von Wahlscheinen ohne Eintragung ins Wählerverzeichnis
- § 10 Wahlbenachrichtigungen, Antrag auf Briefwahl
- § 11 Stimmzettel
- § 12 Wahlhandlung
- § 13 Wahlzeit
- § 14 Auszählung der Stimmen
- § 15 Feststellung des Wahlergebnisses
- § 16 Wahlprotokoll
- § 17 Wahlprüfungsverfahren
- § 18 Stellvertretung, Ausscheiden und Nachrücken von gewählten Gremienmitgliedern

Abschnitt 2

WAHLEN GEMÄß § 1 ABSATZ 2

- § 19 Wahl des Präsidenten
- § 20 Wahlen der Vizepräsidenten
- § 21 Wahl der Dekane und Prodekane
- § 22 Wahl der Gleichstellungsbeauftragten
- § 23 Wahl der Vorsitzenden von Senat und Fachbereichsräten und deren Stellvertreter
- § 24 In-Kraft-Treten

Abschnitt 1

WAHLEN ZUM SENAT UND ZU DEN FACHBEREICHSRÄTEN

§ 1

Geltungsbereich

- (1) Diese Wahlordnung gilt für die Wahlen der Mitglieder des Senats und der Fachbereichsräte.
- (2) Soweit in dieser Wahlordnung ausdrücklich eine Regelung getroffen wird, so gilt sie auch für die Wahlen des Präsidenten, der Vizepräsidenten, des Vorsitzenden des Senats, der Gleichstellungsbeauftragten, der Dekane, der Prodekane, der Vorsitzenden der Fachbereichsräte sowie deren Stellvertreter.
- (3) Frauen führen Funktions-, Status-, u. a. Bezeichnungen soweit möglich in weiblicher Form.

§ 2

Wahlgrundsätze

- (1) Die Wahlen zum Senat und den Fachbereichsräten erfolgen nach den Grundsätzen der personalisierten Verhältniswahl. Briefwahl ist möglich.
- (2) Gewählt wird nach Listen, die aufgrund gültiger Wahlvorschläge für die einzelnen Gruppen aufgestellt werden. Der Wahlberechtigte hat bei der Wahl eine Stimme für die jeweilige Listenwahl.
- (3) Darüber hinaus hat jeder Wähler die Möglichkeit zu wählen, indem er einen Bewerber oder mehrere Bewerber aus einer Liste ankreuzt. Stimmenhäufung ist unzulässig. Die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen darf die Zahl der für die jeweilige Gruppe zu vergebenden Sitze nicht übersteigen.
- (4) Die Sitze einer Gruppe werden auf die Listen im Verhältnis der für ihre Kandidaten abgegebenen Gesamtstimmenzahlen nach dem d'Hondtschen Höchstzahlenverfahren verteilt. Die danach auf die einzelnen Listen entfallenden Sitze werden den in den Listen aufgeführten Kandidaten in der Reihenfolge der von ihnen erreichten Stimmenzahlen zugeteilt. Der Wahlleiter entscheidet bei Stimmengleichheit zwischen mehreren Listen über die Zuteilung des letzten Sitzes durch Los. Bei Stimmengleichheit innerhalb einer Liste ist die Reihenfolge der Namensnennung im Wahlvorschlag maßgebend. Alle danach nicht zum Zuge gekommenen Listenkandidaten sind in absteigender Reihenfolge nach der von ihnen erreichten Stimmenzahl als Stellvertreter gewählt (Reserveliste).
- (5) Entfallen auf eine Liste mehr Sitze als diese Kandidaten hat oder ist bei einer nachträglichen Vakanz die Reserveliste erschöpft, erfolgt eine Ergänzungswahl nach

den Grundsätzen der Mehrheitswahl (Absatz 7). Eine Ergänzungswahl findet nicht statt, wenn bis zur nächsten turnusmäßigen Wahl weniger als 12 Monate liegen.

- (6) Werden von den Mitgliedern einer Gruppe zur Wahl höchstens doppelt so viele Kandidaten aufgestellt, wie der Gruppe Sitze zustehen, so findet die Wahl der Vertreter dieser Gruppe für das Gremium nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl statt.
- (7) Findet eine Wahl nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl statt, so hat jeder Wähler die Möglichkeit zu wählen, indem er einen oder mehrere Kandidaten ankreuzt, jedoch insgesamt nur bis zur Zahl der für die jeweilige Gruppe zu vergebenden Sitze. Stimmenhäufung ist unzulässig. Die Sitze werden nach der Zahl der erreichten Stimmen zugeteilt. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los. Alle danach nicht zum Zuge gekommenen Kandidaten mit gültigen Stimmen sind in absteigender Reihenfolge nach der von ihnen erreichten Stimmenzahl als Stellvertreter gewählt (Reserveliste).
- (8) Die Amtszeit der gewählten Bewerber beginnt jeweils am 1. des Monats der auf die Wahl folgt.

§ 3 Wahlvorstand

- (1) Für die Vorbereitung und Durchführung der Wahlen bestellt der Präsident einen Wahlvorstand. Diesem gehören an:
 - a) zwei Vertreter der Gruppe der Hochschullehrer,
 - b) ein Vertreter der Gruppe der akademischen Mitarbeiter,
 - c) ein Vertreter der Gruppe der Studierenden und
 - d) ein Vertreter der Gruppe der sonstigen Mitarbeiter.

Für jedes stimmberechtigte Mitglied des Wahlvorstandes ist ein Stellvertreter aus der selben Gruppe zu bestellen.

- (2) Die Tätigkeit des Wahlvorstandes ist ehrenamtlich. Die Mitglieder des Wahlvorstandes sind zur unparteiischen und gewissenhaften Erfüllung ihrer Aufgaben verpflichtet.
- (3) Der Wahlvorstand bestimmt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und dessen Stellvertreter.
- (4) Der Wahlvorstand wird durch den Vorsitzenden, im Falle der Verhinderung durch seinen Stellvertreter unter Einhaltung einer Frist von mindestens drei Arbeitstagen unter Beifügung der Tagesordnung einberufen.
- (5) Der Wahlvorstand entscheidet jeweils durch Beschluss. Er ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist.

Der Wahlvorstand fasst seine Beschlüsse mit Stimmenmehrheit der anwesenden Mitglieder. Bei Stimmengleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt. Abstimmungen erfolgen in der Regel durch Handzeichen. Auf Antrag eines oder mehrerer Mitglieder ist geheim abzustimmen.

- (6) Kandidiert ein Mitglied des Wahlvorstandes für den Senat oder den Fachbereichsrat, so erlischt seine Mitgliedschaft. Steht kein Stellvertreter zur Verfügung, so ist eine Ersatzbestellung vorzunehmen.
- (7) Beschlüsse des Wahlvorstandes sind durch Aushang hochschulöffentlich bekannt zu machen.
- (8) Der Wahlvorstand wird durch das Wahlamt unterstützt und kann Wahlhelfer bestellen.

§ 4 Wahlausschreibung

- (1) Der Wahlvorstand soll die Wahlen während der Vorlesungszeit spätestens am 49. Kalendertag vor dem Wahltag ausschreiben und die Wahlen durch Aushang oder in sonst geeigneter Weise hochschulöffentlich bekannt machen.
- (2) Die Bekanntmachung muss mindestens enthalten:
 - 1. das Datum der Veröffentlichung,
 - 2. die Bezeichnung des zu wählenden Gremiums,
 - 3. die Wahltag sowie Ort und Zeit der Möglichkeit der Stimmabgabe,
 - 4. die Anzahl der zu wählenden Mitglieder des Gremiums je Gruppe,
 - 5. einen Hinweis auf die Modalitäten des Wahlvorschlagverfahrens und die dabei festgelegten Fristen sowie auf die Art der Veröffentlichung der Wahlvorschläge,
 - 6. einen Hinweis auf die Möglichkeit der Briefwahl.
- (3) Die Wahlausschreibungen können zu einer gemeinsamen Wahlausschreibung zusammengefasst werden.
- (4) Ergänzungswahlen werden unverzüglich ausgeschrieben, wenn sie erforderlich werden (§ 2 Abs. 5). Die Frist nach Absatz 1 braucht nicht eingehalten zu werden.

§ 5 Wahlvorschläge

- (1) Wahlvorschläge müssen als Vorschlagslisten innerhalb der vom Wahlvorstand bestimmten Frist im Wahlamt der Fachhochschule Lausitz, Großenhainer Str. 57, 01968 Senftenberg zugegangen sein. Für die Aufstellung der Vorschlagslisten sind die durch das Wahlamt vorbereiteten Formulare zu verwenden. Jede Vorschlagsliste kann grundsätzlich einen oder mehrere Bewerber enthalten.
- (2) Jede Wahlvorschlagsliste hat zu enthalten:

1. Namen und Vornamen der Bewerber,
2. die schriftliche Einverständniserklärung der Bewerber zur Kandidatur auf diesem Wahlvorschlag,
3. die Gruppenzugehörigkeit der Bewerber nach § 8 Grundordnung der Fachhochschule Lausitz.

Für die Vorschlagslisten für die Wahlen zu den Fachbereichsräten ist außerdem jeweils die Fachbereichszugehörigkeit aufzuführen.

- (3) Auf einer Vorschlagsliste können jeweils nur Bewerber aus einer Gruppe nach § 8 Grundordnung der Fachhochschule Lausitz aufgeführt werden.

Bewerber, die der Gruppe, die den Wahlvorschlag eingereicht hat, zum Zeitpunkt der Zulassungsentscheidung nicht oder nicht mehr angehören, oder von denen dies bis zum Wahltag aufgrund objektiver Anhaltspunkte mit hinreichender Sicherheit zu erwarten ist, sind aus der jeweiligen Vorschlagsliste zu streichen. Gleiches gilt für Bewerber, denen das passive Wahlrecht nicht zusteht, sowie für Bewerber, die eine schriftliche Einverständniserklärung nach Absatz 2 Ziffer 2 nicht abgegeben haben.

- (4) Ein Bewerber darf für die Wahl des Gremiums nur auf einer Vorschlagsliste benannt werden. Wird ein Bewerber zum Zeitpunkt der Entscheidung über die Zulassung der Wahllisten noch auf mehreren Listen benannt, so ist er aus allen zu streichen.
- (5) Jede Vorschlagsliste kann mit einem Kennwort versehen sein.
- (6) Der auf dem ersten Platz der Vorschlagsliste aufgeführte Bewerber ist als Vertrauensperson zur Abgabe und zum Empfang von Erklärungen gegenüber dem Wahlvorstand und dem Wahlamt ermächtigt, sofern kein anderer Bewerber auf der Vorschlagsliste ausdrücklich benannt ist.

§ 6

Prüfung der Wahlvorschläge

- (1) Das Wahlamt der Hochschule vermerkt auf jedem Wahlvorschlag Tag und Uhrzeit des Eingangs. Es prüft die Wahlvorschläge auf ihre äußere Ordnungsmäßigkeit und weist, soweit eine Ergänzung oder Verbesserung offensichtlicher Mängel der Wahlvorschläge bis zum Ende der Einreichungsfrist durch die jeweilige Vertrauensperson oder durch einen von ihr Bevollmächtigten noch möglich ist, diesem gegenüber auf Mängel hin.
- (2) Wahlvorschläge können bis zum Ende der Einreichungsfrist durch die Vertrauensperson jederzeit zurückgenommen, ergänzt oder berichtigt werden. Soweit die schriftliche Einverständniserklärung eines oder mehrerer Bewerber zur Kandidatur fehlt, ist diese durch den bzw. die Bewerber bis zum Ende der Einreichungsfrist nachzuholen.
- (3) Nach Ablauf der Einreichungsfrist entscheidet der Wahlvorstand über die Zulassung der Wahlvorschläge.

Wahlvorschläge, die verspätet eingereicht sind oder den gesetzlichen oder den durch diese Wahlordnung gestellten Anforderungen nicht genügen, sind nicht zuzulassen, soweit diese Wahlordnung nicht eine andere Rechtsfolge ausdrücklich vorsieht.

- (4) Wenn für eine Gruppe i. S. d. § 8 der Grundordnung der Fachhochschule Lausitz kein Wahlvorschlag für die jeweilige Wahl eingegangen oder zugelassen worden ist, kann der Wahlvorstand eine angemessene Nachfrist setzen.
- (5) Nach der Zulassung werden die zugelassenen Wahlvorschläge für den Senat und für die Fachbereichsräte hochschulöffentlich bekanntgegeben.

§ 7

Aktives und passives Wahlrecht

- (1) Wahlberechtigt sind:
 - 1. für die Wahl zum Senat alle Mitglieder und Angehörigen der Hochschule, die ins Wählerverzeichnis eingetragen sind, nach Maßgabe der Eintragung. Wahlberechtigt sind ferner auch Mitglieder der Hochschule, denen ein Wahlschein nach § 9 dieser Wahlordnung erteilt worden ist, nach Maßgabe der Eintragungen im Wahlschein.
 - 2. für die Wahlen zu den Fachbereichsräten die Mitglieder und Angehörigen der Fachbereiche, die im Wählerverzeichnis eingetragen sind, nach Maßgabe der Eintragung. Wahlberechtigt sind ferner auch Mitglieder und Angehörige der Hochschule, denen ein Wahlschein nach § 9 dieser Wahlordnung erteilt worden ist, nach Maßgabe der Eintragungen im Wahlschein.
- (2) Die Honorarprofessoren, die im Ruhestand befindlichen Lehrveranstaltungen abhaltenden Professoren, die Gastprofessoren, sonstige gastweise tätigen Lehrkräfte und die Lehrbeauftragten haben nur ein aktives Wahlrecht.
- (3) Das Wahlrecht kann nur in einer der Gruppen gem. § 8 Grundordnung der Fachhochschule Lausitz und nur in einem Fachbereich ausgeübt werden. Maßgebend ist für die Gruppen- und Fachbereichszugehörigkeit der Status am Tage des Fristablaufs für Einwendungen gegen das Wählerverzeichnis. Studierende werden im Wählerverzeichnis nach ihrem ersten Studiengang zugeordnet.
- (4) Wahlberechtigte, die mehreren Gruppen oder Fachbereichen angehören, haben bis zum Tage des Ablaufs für Einwendungen gegen das Wählerverzeichnis die Möglichkeit, dem Wahlamt gegenüber schriftlich eine Erklärung für diese Wahl darüber abzugeben, in welcher anderen Gruppe oder in welchem anderen Fachbereich sie von ihrem Stimmrecht Gebrauch machen wollen. Fehlt eine solche Erklärung, entscheidet der Wahlvorstand über die Zuordnung.

§ 8

Wählerverzeichnis

- (1) Die Ausübung des Wahlrechts setzt grundsätzlich, sofern nicht ein isolierter Wahlschein nach § 9 dieser Wahlordnung erteilt ist, die entsprechende Eintragung in das von der Verwaltung geführte Wählerverzeichnis voraus.

- (2) Das Wählerverzeichnis ist nach der Zugehörigkeit der Mitglieder zu den einzelnen Fachbereichen und der Verwaltung und außerdem nach Gruppenzugehörigkeit nach § 8 der Grundordnung der Fachhochschule Lausitz getrennt zu führen. Die Eintragungen in das Wählerverzeichnis werden aufgrund der Personal- und Immatrikulationsunterlagen der Hochschule vorgenommen.
- (3) Das Wählerverzeichnis ist spätestens drei Wochen vor dem Wahltermin hochschulöffentlich im Wahlamt der Hochschule für die Dauer von vier Arbeitstagen während der allgemeinen Dienstzeit zur Einsicht auszulegen.
- (4) Wer das Wählerverzeichnis für unrichtig oder unvollständig hält, kann innerhalb der Auslegungsfrist Einspruch einlegen.
- (5) Der Einspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift beim Wahlamt der Hochschule, Großenhainer Str. 57, 01968 Senftenberg zu erheben.
- (6) Bezieht sich der Einspruch auf die Eintragung eines Dritten, und will das Wahlamt dem Einspruch stattgeben, so ist diesem vorher Gelegenheit zur Äußerung zu geben.
- (7) Die Entscheidung über den Einspruch soll dem Einspruchsführer und ggf. dem Dritten, soweit er von der Einspruchsentscheidung betroffen ist, spätestens eine Woche vor den Wahlen bekanntgegeben werden. Ist der Einspruch begründet, ist das Wählerverzeichnis entsprechend zu berichtigen. Fehlende oder berichtigte Wahlunterlagen sind dem Wahlberechtigten im Fall der Neueintragung oder Änderung der Eintragung nachträglich zu übersenden. Unrichtige Unterlagen sind für ungültig zu erklären. Die Einspruchsentscheidung, die Übersendung berichtigter Wahlunterlagen und die Ungültigkeitserklärung fehlerhafter Wahlunterlagen ist im Wählerverzeichnis zu vermerken.
- (8) Am dritten Arbeitstag vor Beginn der Wahlen wird das Wählerverzeichnis geschlossen. Nach Abschluss des Wählerverzeichnisses sind Berichtigungen (Änderungen und Neueintragungen) des Wählerverzeichnisses unzulässig.

§ 9

Erteilung von Wahlscheinen ohne Eintragung ins Wählerverzeichnis

- (1) Wer nicht, oder wer ganz oder teilweise unrichtig oder unvollständig ins Wählerverzeichnis eingetragen ist, ist wahlberechtigt, wenn ihm ein Wahlschein erteilt oder dieser berichtigt oder ergänzt ist.

Der Wahlschein ist auf jederzeit zulässigen mündlichen oder schriftlichen Antrag zu erteilen oder zu berichtigen, wenn:

1. das Recht zur Teilnahme an der Wahl erst nach Abschluss des Wählerverzeichnisses entstanden ist.
2. fristgemäß Einspruch eingelegt wurde, der Einspruch auch begründet ist, jedoch eine Einspruchsentscheidung ausnahmsweise nicht vor Abschluss des

-
- Wählerverzeichnisses ergangen ist oder das Wählerverzeichnis vor seinem Abschluß nicht entsprechend berichtigt wurde.
3. sofern das Wählerverzeichnis unrichtig ist, der Wahlberechtigte jedoch ohne Verschulden gehindert war, fristgerecht gegen die Eintragungen im Wählerverzeichnis Einspruch zu erheben.
- (2) Der Antragsteller hat die Voraussetzungen von Absatz 1 Ziffern 1, 2 oder 3 glaubhaft zu machen. Die Erteilung oder Änderung des Wahlscheines an einen Antragsteller ohne Eintragung ins Wählerverzeichnis ist schriftlich unter Verweis auf die glaubhaft gemachten Voraussetzungen nach Absatz 1 Ziff. 1, 2 oder 3 zu vermerken. Der Vermerk ist als Anlage zum Wählerverzeichnis zu nehmen.

§ 10

Wahlbenachrichtigungen, Antrag auf Briefwahl

- (1) Spätestens eine Woche vor der Auslegung des Wählerverzeichnisses wird an jeden dort als wahlberechtigt Ausgewiesenen
1. eine Wahlbenachrichtigung über seine Eintragung ins Wählerverzeichnis nach § 8 Abs. 2 der Wahlordnung,
 2. ein Wahlschein, der sowohl für die Briefwahl als auch für die Urnenwahl benötigt wird,
 3. ein vorgedruckter Antrag auf Briefwahl abgesandt.
- (2) Wird ein Antrag auf Briefwahl gestellt, so wird an den Wahlberechtigten übersandt:
1. ein Vordruck "Anleitung zur Briefwahl",
 2. ein Wahlumschlag,
 3. je ein Stimmzettel,
 4. ein Vordruck "Versicherung zur Briefwahl",
 5. ein Wahlbriefumschlag.

§ 11

Stimmzettel

- (1) Für jede Gruppe und für die jeweilige Wahl werden besondere Stimmzettel hergestellt. Die diesbezüglich jeweils zugelassenen Wahlvorschläge können auf einem Stimmzettel vereinigt werden. Bei allen Wahlen in Gremien, bei denen aufgrund der zahlenmäßigen Zusammensetzung der Mitgliedergruppen durch Anwendung von Abs. 1 die Geheimhaltung gemäß § 61 Abs. 2 BbgHG nicht gewährleistet ist, werden einheitliche Stimmzettel verwendet. Ist die Mehrheit der Professoren lt. BbgHG erforderlich, erhält die Gruppe der Professoren von den anderen Mitgliedergruppen zu unterscheidende Stimmzettel.
- (2) Auf dem Stimmzettel sind die Vorschlagslisten in der Reihenfolge ihres Eingangs unter Angabe der Bewerber, ggf. auch des Kennworts der Liste aufzuführen.

- (3) Verschriebene oder unbrauchbar gewordene Stimmzettel oder sonstige Wahlunterlagen sind nur gegen Rückgabe zu ersetzen. Wahlscheine und Wahlbenachrichtigungen werden im Falle des Satzes 1 nicht ersetzt.

§ 12 Wahlhandlung

- (1) Der Wahlraum, in dem gewählt wird, ist hochschulöffentlich zugänglich. Der anwesende Vertreter des Wahlvorstandes kann Personen, die die Ordnung und Ruhe stören, aus dem Wahlraum verweisen.
- (2) Im Wahlraum sind die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass der Wähler den Stimmzettel unbeobachtet durch Dritte kennzeichnen und in den Wahlumschlag einlegen kann.
- (3) Jeder Wahlberechtigte erhält im Wahlraum je einen Stimmzettel und einen Wahlumschlag.
- (4) Bei der Briefwahl übersendet der Wahlberechtigte den Wahlbrief an die auf dem Wahlbriefumschlag vorgedruckte Anschrift oder reicht ihn im Wahlamt der Hochschule ein.

Der Wahlbriefumschlag muss enthalten:

1. die oder den vom Wahlberechtigten persönlich und unbeobachtet gekennzeichneten Stimmzettel im Wahlumschlag,
2. den gültigen Wahlschein,
3. die Versicherung, dass der Wähler den/die beigelegten Stimmzettel persönlich und unbeobachtet gekennzeichnet hat (Erklärung zur Briefwahl).

Im Wahlamt der Hochschule werden der Tag und die Uhrzeit des Eingangs auf den eingehenden Wahlbriefen vermerkt.

Die Stimmabgabe ist rechtzeitig, wenn der Wahlbrief bis zum Ablauf der Wahlzeit zugegangen ist.

- (5) Für die Stimmabgabe im Wahlraum ist der erteilte Wahlschein abzugeben. Anderenfalls muss der Wahlberechtigte seine Wahlberechtigung in geeigneter Weise nachweisen. Anschließend ist zu prüfen, ob der Wähler im Wählerverzeichnis eingetragen ist oder die Erteilung oder Änderung eines Wahlscheines ohne entsprechende Eintragung im Wählerverzeichnis vermerkt ist. Danach sind dem Wähler der/die vorgedruckte/-n Stimmzettel nebst Wahlumschlag auszuhändigen.
- (6) Der Wähler kennzeichnet den Stimmzettel im Wahlraum und legt ihn in den Wahlumschlag. Der Wahlumschlag wird anschließend durch den Wähler verschlossen in die dafür bereitstehende Wahlurne geworfen. Die Stimmabgabe wird im Wählerverzeichnis vermerkt.

§ 13
Wahlzeit

Die Wahlzeit dauert von 8.00 bis 16.00 Uhr.

§ 14
Auszählung der Stimmen

- (1) Nach Beendigung der Wahlhandlung werden zunächst die eingegangenen Wahlbriefe geöffnet.
- (2) Wahlbriefe sind von vornherein zurückzuweisen, wenn:
 1. der Wahlbrief nicht rechtzeitig eingegangen ist,
 2. dem Wahlbriefumschlag kein gültiger Wahlschein beigelegt ist,
 3. dem Wahlbriefumschlag keine Erklärung zur Briefwahl beigelegt oder diese nicht unterzeichnet ist,
 4. dem Wahlbriefumschlag kein Wahlumschlag beigelegt ist,
 5. weder der Wahlbriefumschlag noch der Wahlumschlag verschlossen sind,
 6. ein Wahlumschlag benutzt worden ist, der offensichtlich in einer das Wahlgeheimnis gefährdenden Weise von den anderen abweicht.

Soweit sich keine Beanstandungen ergeben, werden die Wahlumschläge ungeöffnet in die Wahlurne gelegt.

Anschließend werden die Wahlurnen geöffnet und die für jede Vorschlagsliste abgegebenen Stimmen ausgezählt. Außerdem werden die auf jeden Bewerber entfallenden Stimmen zusammengezählt.

- (3) Ungültig sind ferner Stimmzettel aus jeweils einem Wahlumschlag, die bei der Urnenwahl
 1. nicht in dem dem Wähler ausgehändigten Wahlumschlag abgegeben worden sind,
 2. in einem Wahlumschlag abgegeben worden sind, der in einer das Wahlgeheimnis gefährdenden Weise von den übrigen abweicht,
 3. keine Kennzeichnung enthalten,
 4. den Willen des Wählers nicht zweifelsfrei erkennen lassen,
 5. einen Zusatz oder Vorbehalt enthalten,
 6. auf denen Bewerber aus mehreren Vorschlagslisten gekennzeichnet sind,
 7. die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen die Zahl der für die jeweilige Gruppe zu vergebenden Sitze übersteigt.

In den Fällen der Ziffern 1 und 2 sind alle abgegebenen Stimmen ungültig.

§ 15
Feststellung des Wahlergebnisses

- (1) Die Ermittlung des Wahlergebnisses findet hochschulöffentlich statt.

- (2) Der Wahlvorstand stellt die Zahl der auf jede Vorschlagsliste entfallenden und die Zahl der ungültigen Stimmen fest. Außerdem wird die Zahl der auf jeden Bewerber einer Liste entfallenden Stimmen ermittelt.
- (3) Die Feststellung des Wahlergebnisses wird hochschulöffentlich durch Aushang bekanntgegeben.

§ 16 Wahlprotokoll

- (1) Über die Sitzungen des Wahlvorstandes und dessen Beschlüsse sowie über das festgestellte Wahlergebnis sind Niederschriften zu fertigen. Sie werden vom Vorsitzenden des Wahlvorstandes unterzeichnet.
- (2) Die Protokolle nebst Stimmzetteln, Wahlscheinen und sonstigen Wahlunterlagen sind bis zum Abschluss der auf die jeweilige Wahl folgenden Wahlen aufzubewahren.

§ 17 Wahlprüfungsverfahren

- (1) Wird von einem Wahlberechtigten durch schriftlich begründeten Einspruch beim Vorsitzenden des Wahlvorstandes der Hochschule, Großenhainer Str. 57, 01968 Senftenberg geltend gemacht, dass bei der Wahl gegen zwingende Vorschriften der Gesetze oder dieser Wahlordnung verstoßen worden sei, eröffnet der Wahlvorstand das Wahlprüfungsverfahren.
- (2) Der Einspruch kann bis um 15.00 Uhr des siebenten Kalendertages nach der hochschulöffentlichen Bekanntmachung des Wahlergebnisses erhoben werden. Abweichende Regelungen zur Frist können durch einstimmigen Beschluss aller Wahlberechtigten getroffen werden.
- (3) Kommt der Wahlvorstand zu der Überzeugung, dass Verstöße oder Formfehler das Ergebnis der Wahl beeinflusst haben können, ordnet er, soweit erforderlich, durch begründeten Beschluss eine Wiederholungswahl in den beanstandeten Teilen an. Der Beschluss über die Anordnung der Wiederholungswahl ist hochschulöffentlich bekanntzugeben. Darüber hinaus ist er jedem Wahlberechtigten, der Einspruch erhoben hat, gesondert unverzüglich bekannt zu geben.

§ 18 Stellvertretung, Ausscheiden und Nachrücken von gewählten Gremienmitgliedern

- (1) Ist ein Gremienmitglied aus wichtigem Grund verhindert, an einer Sitzung teilzunehmen, so wird es durch den nicht gewählten Bewerber mit der nächsthöchsten Stimmenzahl derjenigen Vorschlagsliste vertreten, der das vertretene Gremienmitglied angehört. Bei Stimmengleichheit ist Vertreter, wer auf dem eingereichten Wahlvorschlag den höheren Listenplatz einnimmt.

-
- (2) Scheidet ein Mitglied des Senats oder eines Fachbereichsrates aus, so tritt an dessen Stelle der nicht gewählte Bewerber mit der nächsthöchsten Stimmenzahl derjenigen Vorschlagsliste, der das ausgeschiedene Gremienmitglied angehört. Bei Stimmengleichheit rückt der Bewerber nach, der auf dem eingereichten Wahlvorschlag den höheren Listenplatz einnimmt. Enthält die Vorschlagsliste keine Bewerber mehr, so bleiben die auf die Gruppe entfallenden Sitze unbesetzt, und die Zahl der Mitglieder in dem Gremium vermindert sich entsprechend, soweit nicht das Brandenburgische Hochschulgesetz oder diese Wahlordnung im Einzelfall entgegenstehen.

Abschnitt 2

WAHLEN GEMÄSS § 1 ABSATZ 2

§ 19

Wahl des Präsidenten

- (1) Die Ausschreibung zur Wahl des Präsidenten soll nach Abstimmung mit dem Landeshochschulrat und nach Genehmigung durch das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur spätestens sechs Monate vor Ablauf der Amtszeit des amtierenden Präsidenten erfolgen. Die Vorgaben des Landeshochschulrates sind zu beachten.
Die Bewerbungsfrist hat mindestens vier Wochen nach Veröffentlichung zu betragen.
- (2) Die Bewerbungen müssen innerhalb der Bewerbungsfrist schriftlich der Fachhochschule Lausitz, zu Händen des Vorsitzenden des Senats, Großenhainer Str. 57, 01968 Senftenberg zugehen.
- (3) Der Senat beschließt in der Regel in seiner auf den Ablauf der Bewerbungsfrist folgenden Sitzung in geheimer Abstimmung über einen Vorschlag, den er dem Landeshochschulrat unverzüglich weiterleitet. Dieser Vorschlag soll, soweit nach der Bewerberlage möglich, mehrere Bewerber enthalten.
- (4) Der Präsident wird aufgrund des Wahlvorschlages des Landeshochschulrates vom Senat gewählt. Dazu beruft der Vorsitzende des Senats eine Senatssitzung ein, deren einziger Tagesordnungspunkt die Wahl des Präsidenten ist.
- (5) § 11 Abs. 1 Satz 1, § 15, § 16 und § 17 finden entsprechend Anwendung.
- (6) Der Vorsitzende des Senats leitet das Wahlergebnis mit den Bewerbungsunterlagen unverzüglich dem für die Hochschule zuständigen Mitglied der Landesregierung zu.

§ 20

Wahlen der Vizepräsidenten

- (1) Der Präsident teilt dem Vorsitzenden des Senats spätestens eine Woche nach seiner Bestellung einen Vorschlag für die Wahl des ersten Vizepräsidenten mit. Sollte der Zeitraum zwischen der Mitteilung über den Vorschlag und der nächsten

-
- turnusmäßigen Sitzung des Senats mehr als einen Monat betragen, ist eine außerordentliche Sitzung durch den Vorsitzenden des Senats zur Wahl des Vizepräsidenten unter Hinweis auf einen entsprechenden Tagesordnungspunkt einzuberufen. Scheidet der Vizepräsident vorzeitig aus seinem Amt aus, finden die Sätze 1 und 2 entsprechend Anwendung.
- (2) Einen Monat vor dem Ende der Amtszeit des ersten Vizepräsidenten teilt der Präsident dem Vorsitzenden des Senats einen Vorschlag für die Wiederbesetzung des Amtes des ersten Vizepräsidenten mit. Absatz 1 Satz 2 findet entsprechend Anwendung.
 - (3) Die Vorschläge für die Wahl der weiteren Vizepräsidenten kann der Präsident dem Vorsitzenden des Senats jederzeit mitteilen. Die Wahl erfolgt unter Wahrung der Einladungsfristen auf der nächsten turnusmäßigen Sitzung des Senats unter Hinweis auf einen entsprechenden Tagesordnungspunkt.
 - (4) In dringenden Fällen kann der Präsident im Benehmen mit dem Vorsitzenden des Senats einen abweichenden Termin für die jeweiligen Wahlen bestimmen.
 - (5) Die Vizepräsidenten werden in getrennten Wahlgängen gewählt. § 11 Abs. 1 Satz 1, § 15, § 16 und § 17 finden entsprechend Anwendung.
 - (6) Die Vizepräsidenten treten ihre Ämter am Tag nach Ablauf der Wahlprüfungsverfahrensfrist an.

§ 21

Wahl der Dekane und Prodekane

- (1) Spätestens zwei Wochen vor Ende der Amtszeit des Dekans und/oder des Prodekans übermittelt der Präsident nach Anhörung des Fachbereichsrates dem Vorsitzenden des Fachbereichsrates seinen Vorschlag zur Wahl eines Dekans und/oder eines Prodekans. Der Vorsitzende des Fachbereichsrates beruft nach dieser Mitteilung unverzüglich eine Sitzung des Fachbereichsrates unter Nennung eines entsprechenden Tagesordnungspunktes zu deren Wahl ein. Scheiden der Dekan und/oder der Prodekan vorzeitig aus dem Amt aus, finden die Sätze 1 und 2 entsprechend Anwendung.
- (2) Der Dekan und der Prodekan werden in getrennten Wahlgängen gewählt. § 11 Abs. 1 Satz 1, § 15, § 16 und § 17 finden entsprechend Anwendung.
- (3) Der Dekan und der Prodekan treten ihre Ämter jeweils zum Ersten des auf die Wahl folgenden Monats an.

§ 22

Wahl der Gleichstellungsbeauftragten

- (1) Die Gleichstellungsbeauftragte und deren Stellvertreterin werden für die Dauer von 4 Jahren nach dem Prinzip der Personenwahl gewählt. Ist die Stellvertreterin

studentisches Hochschulmitglied, kann der Präsident ihre Amtszeit auf ihren Antrag hin bis auf ein Jahr verkürzen.

- (2) Für Wahlvorschläge gelten § 5 Abs. 1 und 2 entsprechend. Wahlberechtigt sind die weiblichen Mitglieder und Angehörigen der Hochschule. Wählbar sind nur Mitglieder der Hochschule. Für die Durchführung der Wahl gelten § 3 bis § 6 und § 8 bis § 17 entsprechend.
- (3) Gewählt ist, wer die höchste Stimmenzahl erhält. Wer die zweithöchste Stimmenzahl erhält, ist als Stellvertreterin der Gleichstellungsbeauftragten gewählt. Bei Stimmengleichheit entscheidet der Vorsitzende des Wahlvorstandes durch Los.
- (4) Bei vorzeitigem Ausscheiden aus dem Amt der Gleichstellungsbeauftragten oder der stellvertretenden Gleichstellungsbeauftragten findet eine Ergänzungswahl für den Rest der Amtszeit statt, falls dieser sechs Monate oder mehr beträgt. Der Termin wird durch Beschluss vom Wahlvorstand festgelegt.
- (5) In jeder organisatorischen Grundeinheit für Lehre und Forschung, in den zentralen Einrichtungen und in der Hochschulverwaltung soll jeweils eine Gleichstellungsbeauftragte von den weiblichen Mitgliedern und Angehörigen des betreffenden Bereichs für die Dauer von zwei Jahren gewählt werden. Die Wahlen werden als Personenwahlen in Vollversammlungen der weiblichen Mitglieder der Hochschule im jeweiligen Bereich durchgeführt. Absatz 1 bis 4 gelten bezogen auf den jeweiligen Bereich entsprechend. Die Vollversammlung wird von der Gleichstellungsbeauftragten der Hochschule einberufen. Die Wahl steht unter der Leitung einer von der Vollversammlung zu wählenden Wahlleiterin. Die Wahl erfolgt durch offenes Handzeichen; auf Antrag einer anwesenden Wahlberechtigten erfolgt sie schriftlich als geheime Wahl. Die Wahlleiterin errichtet eine Niederschrift über die Wahl und übermittelt sie dem Wahlvorstand.

§ 23

Wahl der Vorsitzenden von Senat und Fachbereichsräten und deren Stellvertreter

- (1) Der Präsident lädt unverzüglich nach der Wahl des neuen Senats zu einer konstituierenden Sitzung unter Hinweis auf den Tagesordnungspunkt Wahl eines Vorsitzenden des Senats und dessen Stellvertreter ein. Für die Durchführung und Vorbereitung der Wahl ist der Vorsitzende des Wahlvorstandes verantwortlich.
- (2) Der Dekan lädt unverzüglich nach der Wahl des neuen Fachbereichsrates zu einer konstituierenden Sitzung unter Hinweis auf den Tagesordnungspunkt Wahl eines Vorsitzenden des Fachbereichsrates und dessen Stellvertreter ein. Für die Durchführung und Vorbereitung der Wahl ist der Dekan verantwortlich.
- (3) Scheidet ein Vorsitzender oder Stellvertreter des Senats oder eines Fachbereichsrates vor Ablauf seiner Amtszeit aus dem Amt aus, finden die Absätze 1 und 2 entsprechend Anwendung.

-
- (4) Bei Verhinderung des Präsidenten bzw. des Dekans werden die Handlungen durch deren Stellvertreter vorgenommen.
 - (5) Der Vorsitzende des Senats und die Vorsitzenden der jeweiligen Fachbereichsräte und deren Stellvertreter werden in getrennten Wahlgängen gewählt. § 11 Abs. 1 Satz 1, § 15, § 16 und § 17 finden entsprechend Anwendung.
 - (6) Der Vorsitzende des Senats und die Vorsitzenden der jeweiligen Fachbereichsräte und deren Stellvertreter treten ihre Ämter unmittelbar nach der Wahl an.

§ 24

In-Kraft-Treten

- (1) Die Wahlordnung tritt nach Verabschiedung durch den Senat und nach Veröffentlichung im Mitteilungsblatt der Hochschule in Kraft.
- (2) Mit dem Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Wahlordnung tritt die Wahlordnung der Fachhochschule Lausitz für die Wahlen zum Konzil, zum Senat, zu den Fachbereichsräten und für die Wahl des Rektors und der Prorektoren sowie für die Wahl der Dekane und Prodekane der Fachbereiche vom 12.12.1994 in der Fassung vom 24.03.1997 außer Kraft.

Prof. Dr. Günter Schulz
Amt. Vorsitzender des Senats